

VERFASSUNGSSCHUTZ

JAH

Antikommunistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 611 62 49
Bilz.: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787



RES

BERI

CHT

Mecklenburg-Vorpommern

1997

INHALT

Vorbemerkung	3	3.2 „Kommunistische Plattform“ (KPF) der PDS	8
I. Rechtsextremismus Lageüberblick	3	3.3 „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)	8
1. Militante Rechtsextremisten, insbesondere Skinheads	3	3.4 „Sozialistische Alternative VORAN“ (SAV)	8
1.1 Rechtsextremistische Musikveranstaltungen/Skinmusik	3	III. Ausländerextremismus Lageüberblick	8
1.2 Szene-Publikationen	4	1. „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)	9
2. Neonazismus/Nationalrevolutionäre	4	2. Verbotene „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und „Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke“ (THKP-C) als Nachfolgeorganisationen der verbotenen Devrimci Sol (Dev Sol)	9
2.1 Neonazistische Aktivitäten 1997	4	3. „Islamische Heilsfront“ (FIS)/ „Bewaffnete Islamische Gruppe“ (GIA)	10
3. Rechtsextremistische Parteien	5	4. „Islamischer Bund Palästina“ (IBP)/ „Islamische Widerstandsbewegung“ (HAMAS)	10
3.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	5	IV. Scientology-Organisation	10
3.1.1 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)	5	V. Öffentlichkeitsarbeit	11
3.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU)	6	1. Informationsmaterialien	11
3.3 „Die Republikaner“ (REP)	6	2. Vortragsveranstaltungen/Bürgerdraht	11
3.4 „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH)	6	3. Ausstellung „Demokratie – aber sicher!“	11
4. Sonstige rechtsextremistische Publikationen	6	4. FAIRSTÄNDNIS - Kampagne	11
II. Linksextremismus Lageüberblick	6	VI. Trends	12
1. Linksextremistischer Terrorismus/ Antiimperialistischer Widerstand	6		
2. Militante Autonome	7		
2.1 Szenepublikationen	7		
3. Revolutionäre Marxisten/ Marxisten-Leninisten	7		
3.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	7		

VORBEMERKUNG

Die intensive öffentliche Diskussion über rechtsextremistische Gewalt, Aktivitäten von Rechtsextremisten in der Bundeswehr oder linksextremistisch motivierte Gewalttaten, z.B. gegen die Castor-Transporte, aber auch die fortlaufende Presseberichterstattung über islamistische Gruppen haben 1997 wieder gezeigt, wie nachhaltig politische Extremisten, trotz weit-

gehend fehlender parlamentarischer Präsenz, unser Gemeinwesen beeinflussen.

Besonders bedenklich ist der Zulauf junger Leute in das extremistische, insbesondere rechtsextremistische Lager. Trotz zweier Diktaturen auf deutschem Boden haben totalitäre Politikmodelle für eine bestimmte Klientel offenbar

nichts von ihrer Anziehungskraft verloren.

Um so mehr bedarf es einer ständigen Aufklärung über Entwicklungen, die unsere demokratische Gesellschaft gefährden.

Einen Beitrag hierzu soll der nachstehende Lagebericht leisten.

I. RECHTSEXTREMISMUS

Lageüberblick

■ Im Jahre 1997 war die Lage auf dem Gebiet des Rechtsextremismus erneut geprägt durch eine Vielzahl von insbesondere ausländerfeindlichen Gewalttaten. Erstmals seit einigen Jahren stieg bundesweit wie auch in Mecklenburg-Vorpommern die Anzahl der Taten deutlich an.

Sicher nicht zufällig ist im gleichen Zeitraum auch ein Anwachsen der einschlägigen Szene zu beobachten. Für die Entwicklung war darüber hinaus bedeutsam, daß sich das neonazistische Spektrum ausgeweitet hat.

Demgegenüber konnten die rechtsextremistischen Parteien im Lande – mit Ausnahme der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) – beim Ausbau ihrer Parteistrukturen keinerlei Erfolge erzielen.

1.

Militante Rechtsextremisten, insbesondere Skinheads

■ Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten/Skinheads in Mecklenburg-Vorpommern wird auf einen „harten Kern“ von ca. 800 Personen (1996: 600) geschätzt (bundesweit: ca. 7600¹, 1996: 6400).

Nach Angaben des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern wurden 1997 434 Straftaten² registriert, bei denen eine rechtsextremistische Motivation vorlag oder nicht ausgeschlossen werden kann. Die Verfassungsschutzbehörde wertete davon 82 Vorfälle als Gewalttaten³, darunter 51 mit mutmaßlich fremdenfeindlicher Motivation.

1996 waren 45 Gewalttaten, darunter 31 fremdenfeindliche, registriert worden. Damit hat sich die Zahl der 1997 festgestellten Gewalttaten gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppelt!

Die Mehrzahl der rechtsextremistischen Gewalttaten wurde in folgenden Landkreisen bzw. kreisfreien Städten begangen:

Hansestadt Rostock:	11
Landkreis Mecklenburg-Strelitz:	9
Landkreis Ostvorpommern:	9
Stadt Neubrandenburg:	8
Landkreis Demmin:	6
Landkreis Uecker-Randow:	6
Hansestadt Greifswald:	6

■ Bei einer Reihe von Gewalttaten in den Sommermonaten, die zunächst vordergründig einen rechtsextremistischen Bezug aufwiesen, handelte es sich nach vorliegenden Erkenntnissen vornehmlich um Spontanhandlungen einheimischer Jugendlicher ohne eindeutig rechtsextremistischen Hintergrund – obwohl parallele Motivstrukturen (wie beispielsweise die dumpfe Ablehnung alles dessen, was als „anders“ empfunden wird) durchaus vorhanden sind.

■ Die Verteilung der Gewalttaten spiegelt die Schwerpunkte rechtsextremistischer Aktivitäten wider, die nach Einschätzung der Verfassungsschutzbehörde gegenwärtig im Raum Rostock sowie im Ostteil des Landes liegen.

Die rechtsextremistische Skinheadszene im Raum Rostock/Bad Doberan entwickelte wie in den Vorjahren auch im Jahre 1997 rege Aktivitäten. Dabei nimmt die „Kontaktpflege“ zu gleichgesinnten Personen in benachbarten Bundesländern bzw. im Ausland (hier vor allem Dänemark) einen immer größeren Stellenwert ein. Rechtsextremisten aus Hamburg und Schleswig-Holstein traten bei Besuchen in der Rostocker Region (vor allem, aber nicht nur in den Sommermonaten) zum Teil durch – einschlägig motivierte – Gewalttaten spektakulär in Erscheinung.

■ Den fünften Jahrestag der schweren ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen nutzten Angehörige der ortsansässigen Szene im November zu einer verspäteten „Gedenkveranstaltung“, die aber keine erkennbare Außenwirkung entfaltete und ohne Zwischenfälle verlief.

¹ Der Bundesminister des Innern behält sich eine Veröffentlichung der auf Bundesebene registrierten Zahlen vor.

² Das Landeskriminalamt MV unterteilt seit einiger Zeit die Straftaten mit mutmaßlich rechtsextremistischem Hintergrund *im wesentlichen* in zwei Bereiche: in einer Rubrik sind solche Taten, bei denen die Motivation einigermaßen klar erkennbar ist (z.B. Körperverletzungen, Landfriedensbrüche mit entsprechendem Hintergrund u.ä.), in der anderen die „unklaren“ Fälle enthalten. Bei letzteren handelt es sich insbesondere um Verstöße gegen § 86a StGB (Hakenkreuzschmierereien u.ä.) – diese werden häufig durch Kinder und Jugendliche im Wohn- und Schulumfeld begangen, ohne daß dabei von einer zugrundeliegenden rechtsextremistischen Ideologie ausgegangen werden kann.

In der Zahl der 434 Straftaten sind demnach nur solche Vorfälle enthalten, bei denen eine rechtsextremistische Motivation vorlag oder nicht auszuschließen ist, nicht jedoch die – wie dargestellt – unklaren Zweifelsfälle. Ein Vergleich mit Zahlen der vergangenen Jahre ist daher nur bedingt möglich.

³ Nach Abstimmung der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern werden ab sofort nur noch solche Vorfälle als Gewalttaten gewertet, die einen oder mehrere der folgenden Straftatbestände erfüllen:

- ☞ Tötungsdelikte
- ☞ Körperverletzungen
- ☞ Brandstiftungen
- ☞ Landfriedensbrüche
- ☞ Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion.

Sachbeschädigungen werden wegen unterschiedlicher Bewertungskriterien in den Ländern im Hinblick auf die Gewalttaten nur noch in der Straftatenstatistik erwähnt. Um eine Vergleichbarkeit der Gewalttatenzahlen mit dem Vorjahreszeitraum zu ermöglichen, wurde die Statistik von 1996 entsprechend bereinigt.

1.1

Rechtsextremistische Musikveranstaltungen/Skinmusik

■ Die Skinhead-Musik erfüllt in Mecklenburg-Vorpommern auch weiterhin eine wichtige kommunikative Funktion in der einschlägigen Szene. Die seit Anfang 1996 beobachtete Zunahme der hier durchgeführten rechtsextremistischen Musikveranstaltungen setzte sich auch im Berichtszeitraum fort.

I. RECHTSEXTREMISMUS

■ 1997 wurden 23 derartige Veranstaltungen registriert, davon 13 Skin-konzerte mit Auftritten von Live-Bands. Bei den 10 übrigen Veranstaltungen handelte es sich um Discotheken, Parties, „Geburtstagsfeiern“, zwei Lieder-abende mit rechtsextremistischen Lieder-machern aus Mecklenburg-Vorpom-mern sowie ein Konzert mit dem be-kannten rechtsextremistischen Lieder-macher Frank RENNICKE.

Die Teilnehmerzahl der Musikver-anstaltungen lag durchschnittlich bei 200 Personen, in Einzelfällen wurden sogar bis zu 600 Besucher festgestellt.

■ Neben den „musikalischen Darbie-tungen“ florierte das Geschäft mit dem Verkauf von einschlägigen CDs und Bü-chern. Einsatzkräfte der Polizei gingen gegen verschiedene Veranstaltungen vor.

■ So wurden beispielsweise bei einer am 13.09.1997 in dem Ort Klein Bün-zow durchgeführten Discoveran-staltung der rechten Szene mehr als 150 MC und CDs, Messer, Baseballschlä-ger, Schreckschußpistolen, Luftdruck-gewehre und umfangreiches rechtsex-tremistisches Propagandamaterial si-chergestellt. Entsprechende Ermitt-lungsverfahren wurden eingeleitet. Nach einer weiteren Polizeiaktion ge-gen ein Konzert am 04.10.1997 konn-ten dort keine Musikveranstaltungen mehr festgestellt werden.

1.2

Szene-Publikationen

■ In der Skinhead-Szene Mecklen-berg-Vorpommerns kursieren vor allem Versandkataloge, in denen teilweise Artikel mit rechtsextremistischen Be-zügen, wie Bücher, Tonkassetten, CDs, und Skinheadutensilien, wie Anstecker und Aufnäher angeboten werden.

■ Zu den wichtigsten Kommunika-tionsmitteln der Skinhead-Szene zählen „Fanzines“ – Magazine, in denen Treff-punkte und Termine der Szene genannt,

rechtsextremistische Tonträger vorge-stellt, Skinhead-Band-Interviews ge-geben und Konzertberichte veröffentlicht werden. In Mecklenburg-Vorpommern sind bislang zwei Fanzines (aus dem Raum Rostock und Krakow am See) be-kannt geworden.

2.

Neonazismus/ Nationalrevolutionäre

■ Ca. 250 Personen werden derzeit in Mecklenburg-Vorpommern dem Neo-nazismus zugerechnet (bundesweit: ca. 2400). Die meisten Anhänger dieses Spektrums sind nicht in feste Strukturen eingebunden, sondern werden anlaß-bezogen aktiv (z.B. Rudolf Heß-Gedenk-veranstaltungen, Kranzniederlegungen, Winter- bzw. Sommersonnwendfeiern, Geburtstag Adolf Hitlers oder die Be-gehung sonstiger „historischer Daten“).

■ Seit einiger Zeit ist jedoch die ver-stärkte Gründung sogenannter Kame-radschaften zu beobachten, in denen die Grenzen zwischen Skinhead- und Neonazibereich fließend werden und die in gewisser Weise ein Gefühl von Gruppenzusammengehörigkeit vermit-teln. Der ideologischen Schulung der einzelnen Anhänger ist eine solche (lockere) Struktur auf jeden Fall dien-lich; um feste Organisationen handelt es sich dabei aber (noch) nicht. Ob sich gerade Skinheads, die insbesondere Par-teien gegenüber eher negativ einge-stellt sind, auf Dauer in dieser Form einbinden lassen, ist fraglich.

■ Relevante (feste) Gruppen bzw. Or-ganisationen sind ein rechtsextremisti-scher (nationalrevolutionärer) Perso-nenkreis im Raum Neubrandenburg sowie die „Kameradschaft Neuteuto-nia Neustrelitz“ (KNT) mit Kontakten nach Hamburg und Schleswig-Holstein.

2.1

Neonazistische Aktivitäten 1997

■ Trotz massiver Mobilisierung an-läßlich des 10. Todestages von Rudolf Heß, des ehemaligen Stellvertreters von Adolf Hitler, am 16. August 1997 ge-lang es der rechtsextremistischen Sze-ne nicht, eine geschlossene, zentrale und öffentlichkeitswirksame Aktion in Deutschland durchzuführen.

■ Lediglich im dänischen Ort Köge fand unter Teilnahme von ca. 150 dä-nischen, schwedischen und deutschen Rechtsextremisten eine Veranstaltung statt, die aufgrund des hohen Polizei-aufgebotes ohne Zwischenfälle verlief.

■ In Lindenberg bei Stavenhagen (Mecklenburg-Vorpommern) beteilig-ten sich am 16. August 1997 ca. 80 Personen aus Mecklenburg-Vorpom-mern, Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen an einer Saalver-anstaltung.

■ Am 17. August 1997 legten 17 un-bekannte Personen an der Kriegsgrä-berstätte in Schwarz (Landkreis Mü-ritz) einen Kranz nieder. Die gesamte Veranstaltung dauerte nur wenige Mi-nuten.

■ Am 18. August 1997 ging beim Landgericht Schwerin ein Telefax in englischer und deutscher Sprache ein, in dem folgende Forderungen aufge-stellt wurden:

• Freilassung des in Deutschland in-haftierten (wörtlich: „kidnapped“) Vorsitzenden der „Nationalsozialisti-schen Deutschen Arbeiterpartei/Aus-lands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP/AP), Gerhard LAUCK, sowie die Einrichtung eines internationa-len Komitees zur Verfolgung der „Mörder“ von Rudolf Heß.

■ Dieses Pamphlet dürfte durch oder auf Initiative des Deutsch-Amerikaners und Revisionisten Hans SCHMIDT abgesandt worden sein, der vor dem

1. RECHTSEXTREMISMUS

Landgericht Schwerin wegen rechtsextremistischer Äußerungen angeklagt war und sich seiner Verurteilung durch Flucht in die USA entzogen hatte.

■ In Ludwigslust kam es in der Nacht zum 23. August 1997 mit einem Fackelaufzug von 150 Personen der neonazistischen Szene zu einem (verspäteten) Gedenken an den 10. Todestag von Rudolf Heß. Die Versammlung stand im Zusammenhang mit einem Musikabend des rechtsextremistischen Liedermachers Frank RENNICKE.

■ Die Rechtsextremisten hatten sich zuvor in einer Kiesgrube in Eldena (nahe Ludwigslust) versammelt, um sich dann – parallel zur Anreise anderer Gleichgesinnter – nachts gegen 2.00 Uhr in der Nähe des Ludwigsluster Schlosses einzufinden. Acht Tatverdächtige – allesamt aus Hamburg und Umgebung stammend – wurden festgenommen.

■ Aus Anlaß des Volkstrauertages, der durch die rechtsextremistische Szene als „Heldengedenktag“ begangen wird, führten Rechtsextremisten am 16. November 1997 verschiedene Gedenkveranstaltungen inkl. Kranzniederlegungen durch, so bei der Gedenkstätte zur Erinnerung an die Gefallenen der beiden Weltkriege in Goldenbaum (Landkreis Mecklenburg-Strelitz), am Kriegerdenkmal in Wittenburg (Landkreis Ludwigslust) sowie auf dem Kriegsgräberfriedhof in Kamminke auf dem Golm (Insel Usedom). Zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen kam es dabei nicht.

3.

Rechtsextremistische Parteien

■ Auch im Jahr 1997 war es den rechtsextremistischen Parteien – abgesehen von Erfolgen der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) – nicht möglich, in Mecklenburg-Vorpommern funktionierende und arbeitsfähige Strukturen aufzubauen.

■ Nach wie vor verfügen alle rechtsextremistischen Parteien im Land über schwache Organisationsstrukturen, die Parteiarbeit wird überwiegend von einigen wenigen aktiven Einzelpersonen geleistet.

■ Die rechtsextremistischen Parteien im einzelnen (Mitgliederzahlen in Klammern):

• **Nationaldemokratische Partei Deutschlands**

(NPD – ca. 100, 1996: ca. 50; Bund: 4300, 1996: 3500)

• **„Junge Nationaldemokraten“**

(JN – Einzelmitgliedschaften, wie auch im Vorjahr; Bund: 350, darunter 100 „Anwärter“, die nach einer Bewährungszeit aufgenommen werden)

• **Deutsche Volksunion**

(DVU – ca. 70, wie auch im Vorjahr; Bund: 15.000, wie auch im Vorjahr)

• **„Die Republikaner“**

(REP – ca. 100; Bund: 15.500, 1996: 15.000)

• **„Deutsche Liga für Volk und Heimat“**

(DLVH – mittlerweile Parteistatus aufgegeben, existiert weiter als Verein – ca. 10, wie auch im Vorjahr; Bund: 800, wie auch im Vorjahr).

3.1

„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

■ Der NPD in Mecklenburg-Vorpommern ist es als einziger rechtsextremistischer Partei gelungen, ansatzweise funktionierende Strukturen aufzubauen. Im Laufe des Jahres verzeichnete die NPD einen deutlichen Aufwärtstrend. Im Osten des Landes gründete sie neue Kreisverbände; die Gründung weiterer Kreisverbände ist im Gespräch.

■ Aufgrund verstärkter Werbeaktionen und größerer Veranstaltungen konnte die NPD einen beträchtlichen

Mitgliederzuwachs, bei dem es sich zum größten Teil um jüngere Personen handelt, verzeichnen. Neuerdings interessieren sich offenbar auch Skinheads und Kameradschaften für die NPD.

■ Die NPD gibt eine Mitgliederzeitschrift („Der Kamerad“) heraus. Hier werden NPD-typische Themen aufgegriffen, u.a. wird gegen Asylbewerber agitiert.

■ Auch bundesweit konnte die NPD einen Aufschwung verzeichnen. Insbesondere nach der von der NPD angemeldeten Demonstration gegen die sogenannte „Wehrmachtausstellung“ in München am 01.03.1997, an der beinahe 5000 Personen aus allen Lagern des Rechtsextremismus teilgenommen haben, hat die Partei für die Szene an Attraktivität gewonnen und entwickelt sich zunehmend zu einer Art Kristallisationspunkt der „Bewegung“.

3.1.1

„Junge Nationaldemokraten“ (JN)

■ Die Jugendorganisation der NPD erweist sich bundesweit als mobilisierungsfähig. Sie hat sich zu einer Nahtstelle zwischen NPD, Neonazis und anderen rechtsextremistischen Gruppen entwickelt. Neonazis sind bei den JN inzwischen in führende Funktionen gelangt und verfügen über beachtlichen Einfluß.

■ Unter dem Begriff „nationaler Widerstand“ werden alle nationalen Organisationen zu Aktionsbündnissen aufgerufen.

Obwohl von der ideologischen Ausrichtung her in Mecklenburg-Vorpommern ein für die JN mobilisierbares Spektrum erkennbar ist, spielte die Jugendorganisation der NPD im Land keine Rolle. Erkannt wurden lediglich Einzelmitgliedschaften oder Einzelkontakte.

I. RECHTSEXTREMISMUS

3.2 „Deutsche Volksunion“ (DVU)

■ Auch im Jahr 1997 ist der DVU die beabsichtigte Bildung neuer Kreisverbände in Mecklenburg-Vorpommern nicht gelungen. Die Strukturen beschränken sich auf wenige Ortsverbände im Bereich Rostock und Wismar, von denen jedoch keine erkennbaren Aktivitäten ausgehen. Auf Landesebene ist die DVU ohne jede politische Bedeutung.

3.3 „Die Republikaner“ (REP)

■ Der Landesverband MV der Partei „Die Republikaner“ (REP) hat keine nennenswerten Aktivitäten entwickelt, abgesehen von sporadischen Landesvor-

standssitzungen und einigen wenigen aktiven Ortsverbänden.

REP-Informationsveranstaltungen stießen trotz Zeitungsinserten und Flugblattverteilaktionen in der Bevölkerung auf wenig Resonanz.

3.4 „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH)

■ 1997 konnten auch keine nennenswerten Aktivitäten der DLVH auf Landesebene festgestellt werden. Trotz Aufgabe des Parteienstatus und der damit beabsichtigten Öffnung für neue Organisationsstrukturen gelang es der DLVH bislang nicht, dem rechtsextremistischen Bündnisprozeß neue Impulse zu geben.

4. Sonstige rechtsextremistische Publikationen

■ Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste versandten auch 1997 ihre Publikationen nach Mecklenburg-Vorpommern, um hier ihr Gedankengut zu verbreiten.

So wurde beispielsweise eine im Bundesgebiet verschickte Hetzschrift „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung“ an verschiedene Schulen im Lande versandt.

Das Pamphlet, dessen Urheber gegenwärtig ermittelt wird, enthält rassistische, nationalistische und antisemitische Elemente. Insbesondere wird gegen Asylbewerber polemisiert. Der oder die Verfasser wollen der „Zerstörung des deutschen Volkskörpers“ entgegenwirken.

II. LINKSSEXTREMISMUS

Lageüberblick

■ Beobachtungsschwerpunkt der Behörden für Verfassungsschutz im Bereich des Linksextremismus waren auch 1997 das gewaltbereite Spektrum und hier vor allem die militanten Autonomen. Von ihnen ging bundesweit die Masse der Gewalttaten aus, deren Zahl – im Gegensatz zur Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern – gegenüber 1996 gestiegen ist. Anschläge terroristischer Gruppen, wie z.B. der „Rote Armee Fraktion“ (RAF), gab es nicht, so daß von einer weiteren Abnahme der Bedrohung durch terroristische Gruppen ausgegangen werden kann.

■ Die „Revolutionären Marxisten“ bekundeten weiterhin den Willen zur Überwindung der herrschenden Gesellschaftsform unter „revolutionären Klassenkampfbedingungen“. Dabei wird –

je nach politischem Standort in unterschiedlicher Intensität und Ausprägung – immer noch und trotz der laufenden Diskussion über die Verbrechen kommunistischer Machthaber auf die Lehren von MARX, ENGELS, LENIN, STALIN oder anderen „Klassikern“ Bezug genommen.

■ Trotz entsprechender Deklarationen ist eine Zusammenarbeit – vor allem wegen mangelnder politisch-ideologischer Affinitäten – zwischen den Gruppierungen bisher weitestgehend ausgeblieben. Einig ist man sich nur in dem Willen zur Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und deren Ablösung durch eine „Diktatur des Proletariats“, die den Weg zum Kommunismus weisen soll.

■ Auch in Mecklenburg-Vorpommern waren 1997 einschlägige Gruppen aktiv.

1. Linksextremistischer Terrorismus/Antiimperialistischer Widerstand

■ Nachdem sich die RAF 1996 mit insgesamt drei Erklärungen an die Öffentlichkeit gewandt und darin ihren Fortbestand bekräftigt hatte, wurden 1997 keine weiteren Erklärungen bekannt. Gegenwärtig gehen die Sicherheitsbehörden von einer noch bestehenden Gruppe aus, die über die nötige Logistik verfügt, aber aufgrund der gegenwärtigen politischen Lage Anschläge offenbar nicht für opportun hält.

■ In Mecklenburg-Vorpommern konnte im Berichtszeitraum lediglich eine themenbezogene Plakatierungsaktion am 18.10.1997 im Raum Wismar und in Neubrandenburg festgestellt werden. Hierbei wurden Ortseingangsschilder mit den Slogans „alle politischen Gefan-

II. LINKSEXTREMISMUS

genen aus der Linken weltweit müssen raus aus den Knästen" und „Freiheit für Heidi Schulz – Gefangene aus der RAF seit 1982" überklebt. Auch in anderen Bundesländern kam es zu ähnlichen Aktionen, die im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag des sogenannten „deutschen Herbstes" 1977 (Ermordung des damaligen Arbeitgeberpräsidenten SCHLEYER durch die RAF, Selbstmord von RAF-Angehörigen in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim) stehen dürften.

2. Militante Autonome

■ In Mecklenburg-Vorpommern sind weiterhin etwa 200 Personen der Autonomenszene zuzurechnen, von denen ca. 50 den sogenannten „harten Kern" bilden. Bundesweit wird die Zahl der gewaltbereiten Linksextremisten, einschließlich Terroristen, auf 7.000 geschätzt.

■ Ihr Ziel ist die Errichtung einer „herrschaftsfreien Gesellschaft". Hierbei ist Gewalt Bestandteil des autonomen Selbstverständnisses, die zumeist aus örtlichen und eher unstrukturierten „Szenen" heraus verübt wird. Bei der Durchführung von Gewalttaten gehen Autonome jedoch häufig ausgeprochen planmäßig vor.

■ Vom Landeskriminalamt wurden 1997 insgesamt 38 (1996: 25) Straftaten – darunter eine Gewalttat (1996: 6) – mit erwiesenem oder mutmaßlich linksextremistischem Hintergrund gezählt.

■ Diese im Vergleich zu den Vorjahren drastisch zurückgegangene Zahl spiegelt aber die eigentliche Lageentwicklung nicht unbedingt wider. Tatsächlich zeigen nachrichtendienstlich gewonnene Erkenntnisse, daß es auch in 1997 zu einer Reihe von Gewalttaten von Linksextremisten gegen Rechtsextremisten gekommen ist, die von

den Geschädigten offenbar nicht zur Anzeige gebracht wurden.

■ Wenn auch 1997 nur eine geringe landesbezogene Mobilisierung der Szene erkennbar war, so konnten doch wieder überregionale Kontakte und Aktivitäten verzeichnet werden.

Aktionschwerpunkte waren hierbei der Kampf gegen die wirtschaftliche Nutzung der Kernenergie sowie der „antifaschistische Kampf".

So wurden im März 1997 in Gorleben mehrere Personen aus Mecklenburg-Vorpommern wegen Widerstandshandlungen im Zusammenhang mit den CASTOR-Transporten von der Polizei in Gewahrsam genommen, desgleichen 20 Personen aus Anlaß der Teilnahme an einer verbotenen „antifaschistischen Demonstration" am 11.10.1997 in Saalfeld/Thüringen.

■ Darüber hinaus wurde in der Szene durch Plakate für eine Teilnahme an mehreren außerhalb des Landes stattfindenden Antifa-Demonstrationen geworben, so z.B. für eine Veranstaltung am 06.12.1997 in Frankfurt/Oder, wo es im Anschluß an eine von der „Antifaschistischen Aktion Berlin" organisierten und gewaltfrei verlaufenden Demonstration zu Sachbeschädigungen und zur Plünderung eines Supermarktes kam.

■ In Stralsund schlugen unbekannte Täter am 25.12.1997 die Scheiben eines Tabakgeschäftes ein und verwüsten die Auslagen. In der am Tatort zurückgelassenen Taterklärung wurde die „Entglasung" mit dem Verkauf von rechtsextremistischen Zeitschriften begründet.

■ Im Hinblick auf die Zukunft werden die Themenfelder „Antiatomkraft" und „Antifaschistischer Kampf" die Aktivitäten der Autonomenszene des Landes bestimmen, wobei der „Antifa-Kampf" die größere Gefahr einer Eskalation der Gewalt in sich birgt.

2.1 Szene publikationen

■ Im Jahre 1997 wurde die seit 1993 in unregelmäßigen Abständen erscheinende Autonomenschrift „in ALLERhand" aus Neubrandenburg eingestellt. Hierzu bemerkte einer der „Macher", daß „hier in MeckPom und Neubrandenburg" nur wenige Leute vorhanden seien, die sich als „linksradikal oder autonom begreifen".

Gelegentlich publizieren hiesige Autonome in überregional bedeutsamen Szeneschriften, wie z. B. „INTERIM" aus Berlin.

3. Revolutionäre Marxisten/ Marxisten-Leninisten

■ Auch 1997 versuchten Gruppen, die den Klassikern des Marxismus-Leninismus anhängen, im Lande Fuß zu fassen. Größere Fortschritte beim Aufbau einschlägiger Strukturen konnten jedoch nicht beobachtet werden.

3.1 „Deutsche Kommunistische Partei" (DKP)

■ Die DKP (Mitglieder bundesweit: über 6.200) setzte im Berichtszeitraum ihre Bemühungen um den Aufbau einer Parteistruktur im Lande fort. Eine genaue Mitgliederzahl ist bisher nicht bekannt, sie dürfte aber gegenwärtig noch deutlich unter 50 liegen.

■ Trotz ihrer organisatorischen Schwäche bemüht sich die DKP, ihre politische Bedeutsamkeit aufzuwerten.

So versicherte sie einem Grußschreiben an den Landesparteitag der PDS, der am 15./16. Februar 1997 in Parchim stattfand, daß die „Kommunisten der DKP im gemeinsamen Kampf gegen den Sozial- und Demokratieabbau sowie gegen die Militarisierung der BRD-Außenpolitik" fest an der Seite

II. LINKSEXTREMISMUS

der PDS stehen würden. Weiter heißt es: „Die ganze Entwicklung der BRD-Gesellschaft und die Bonner Politik zwingen alle linken und antifaschistischen Kräfte zu gemeinsamen Überlegungen. (...) Dazu bedarf es vor allem des außerparlamentarischen Kampfes. (...) Von entscheidender Bedeutung sind gemeinsames Handeln und Aktionseinheit der Linken“.

■ Um ihren Bekanntheitsgrad zu erhöhen, nutzte die DKP im Berichtszeitraum auch moderne Kommunikationsmöglichkeiten, so richtete sie die „erste kommunistische Homepage in Mecklenburg-Vorpommern“ ein. Enthalten sind neben der neuesten Ausgabe der Parteizeitung „Unsere Zeit“ (UZ) auch allgemeine Informationen zur DKP.

■ Die Herausgabe der auf das Land bezogenen Zeitung „Argumente“, deren Redaktion in Rostock ansässig ist, wurde fortgesetzt.

3.2

„Kommunistische Plattform“ (KPF) der PDS

■ Aktivitäten der orthodox-kommunistisch ausgerichteten „Kommunistischen Plattform“ (KPF) der PDS konnten während des Berichtszeitraumes nur in geringem Maße festgestellt wer-

den. In der PDS-Bundespublikation „PRESSEDIENST“, Nr. 20/97, wird die Gesamtzahl der in der KPF in Mecklenburg-Vorpommern organisierten Personen mit 21 angegeben (Mitgliederzahl bundesweit: 2.500).

3.3

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)

■ Die MLPD (Mitglieder bundesweit: etwa 2.700) ist in Mecklenburg-Vorpommern mit einigen Ortsgruppen bzw. Gruppen ihrer Jugendorganisation „Rebell“ vertreten, deren Gesamtmitgliedschaft ebenfalls deutlich unter 50 liegen dürfte. Insoweit ist eine Außenwirkung dieser Partei nicht feststellbar.

■ Von nahezu ausschließlich überregionaler Bedeutung sind die alljährlichen Jugendsommerlager der MLPD in ihrem Schulungszentrum in Alt Schwerin am Plauer See. Diese Veranstaltungen werden überwiegend von Angehörigen des Jugendverbandes „Rebell“ sowie der MLPD-Kindergruppe „Rotfuchs“ besucht.

■ In der Zeit vom 19. Juli bis 30. August 1997 wurden insgesamt drei Camps durchgeführt. Neben den üblichen Sportturnieren und Bastelwork-

shops wurden für die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen auch „Veranstaltungen und (ein) Erfahrungsaustausch über die Lehrstellensituation und den Kampf gegen die Castor-Transporte“ angeboten.

3.4

„Sozialistische Alternative VORAN“ (SAV)

■ Die trotzkistische SAV (Land: ca. 10; Bund: ca. 350) ist in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Ortsgruppe in Rostock vertreten. Dort macht sie bisweilen durch Infostände und Plakate in der Innenstadt auf sich aufmerksam. Nach Angaben der bereits oben erwähnten DKP-Zeitung „Argumente“, Ausgabe Juli/August 1997, fuhren am 14. Juni 1997 70 Personen in zwei von der SAV organisierten Bussen zur Demonstration anlässlich des EU-Gipfels nach Amsterdam. Die Mitfahrer hätten u.a. der SAV und der DKP angehört.

■ Hier zeigen sich überraschend Gemeinsamkeiten zwischen Troztkisten und Marxisten-Leninisten, die vor dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ kaum möglich gewesen wären, galten die Anhänger Troztkis doch immer als Abweichler von der „Moskauer Linie“.

III. AUSLÄNDEREXTREMISMUS

Lageüberblick

■ Während die Gewalttaten der PKK wohl wesentlich durch die von Öcalan – verordnete – Friedfertigkeit erneut zurückgegangen sind, zeichnet sich bundesweit für den Ausländerextremismus insgesamt eher eine Steigerung

der massiven Gewalttaten, insbesondere auch der Tötungsdelikte ab.⁴ Besondere Bedeutung kommt weiterhin den islamistischen⁵ Extremisten in Deutschland zu. Bisher sind dem Verfassungsschutz 13 islamistisch-extremistische Gruppierungen bekannt, die zusammen etwa 32.000 Anhänger haben.

■ Folgende Organisationen versuchen weiterhin – mit unterschiedlichen Erfolgen – in Mecklenburg-Vorpommern Aktivitäten zu entfalten bzw. Fuß zu fassen:

III. AUSLÄNDEREXTREMISMUS

1.

„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

■ Strukturell organisiert ist im Lande zur Zeit nur die PKK.

■ Die PKK, gegründet als marxistisch-leninistische Kaderpartei, führt seit 1984 in der Türkei einen Guerillakampf. Ihr Ziel ist die Schaffung eines autonomen kurdischen Gebietes innerhalb der Türkei. Mittlerweile unterhält die Partei, deren Gründer und Vorsitzender Abdullah ÖCALAN ist, auch Strukturen im nahöstlichen Raum (z.B. Ausbildungslager für ihre 8.000-10.000 Kämpfer umfassende „Volksbefreiungsarmee Kurdistans“ (ARGK) im Libanon) und in mehreren europäischen Staaten, darunter in der Bundesrepublik Deutschland.

Bundesweit verfügt die PKK über ca. 10.000 Mitglieder, die Zahl der zu mobilisierenden Sympathisanten wird auf etwa 50.000 Kurden geschätzt. Nachdem in verschiedenen Bundesländern terroristisch geprägte Gewaltaktionen der PKK verstärkt zunahmen, wurde sie 1993 vom Bundesinnenminister verboten.

■ Der Generalbundesanwalt (GBA) hat im Januar 1997 aufgrund der Tatsache, daß ab August 1996 keine von PKK-Kadern gesteuerten Anschläge mehr nachweisbar waren, erklärt, daß gegen die PKK nach derzeitigem Erkenntnisstand nicht mehr wegen Bildung einer „terroristischen Vereinigung“ i.S. des § 129 a StGB ermittelt wird. Diese rechtliche Bewertung bezieht sich auf die Gegenwart, nicht auf vergangenes oder zukünftiges strafrechtliches Verhalten. Auch ändert diese Feststellung nichts an dem o.g. Verbot dieser Organisation. Die deutsche Justiz ermittelt weiter wegen der Bildung und Aktivitäten einer „kriminellen Vereinigung“ i.S. des § 129 StGB.

■ Die PKK verfügt in Mecklenburg-Vorpommern über Mitglieder (Kader) und eine Vielzahl von Sympathisanten. Eine Steigerung des Konfliktpoten-

tials ist nicht auszuschließen, da die Anzahl der Asylanträge, insbesondere „irakischer Kurden“ eine zunehmende Tendenz aufweist.

■ Nach intensivierten Ermittlungstätigkeiten verdichten sich die Erkenntnisse zu Aktivitäten im Rahmen der Spendengeldkampagne für die PKK. Die Geldeinforderung ist nach wie vor gelegentlich in Verbindung mit gefährlicher Körperverletzung, Nötigung bzw. versuchter räuberischer Erpressung betrieben worden. Im Rahmen der Spendengeldkampagne wird allerdings auch immer wieder von verantwortlichen Leitern darauf hingewiesen, daß Gewalt unter allen Umständen zu vermeiden sei.

■ An den nachfolgend genannten überregionalen Veranstaltungen/Kampagnen waren auch Türken kurdischer Volkszugehörigkeit aus Mecklenburg-Vorpommern beteiligt:

Newrozfest 1997, Freiheitsmarsch von Brüssel nach Straßburg, Kampagne zum Boykott des Tourismus in der Türkei, Großdemonstration in Düsseldorf am 26.04.1997, Kurdisches Kultur- und Friedensfestival in Köln am 6.9.1997, Bustour gegen das Betätigungsverbot der PKK vom 3.-26. 11.1997 mit Haltepunkt in Schwerin aus Anlaß der Innenministerkonferenz am 20.11.1997. Es wird ersichtlich, daß bislang keine personenstarken, organisierten Unterstützungshandlungen durchgeführt werden (konnten).

⁴ Ein direkter Vergleich mit den Zahlen von 1996 ist nicht möglich, da das Bundesamt für Verfassungsschutz erstmals ausschließlich Zahlen des Bundeskriminalamtes nennt.

⁵ Unter „Islamismus“ wird eine der vielfältigen Erscheinungsformen des Islam verstanden, der im wesentlichen zwei Ziele verfolgt:

- innerhalb der Gesellschaft sollen die islamischen Gesetze (shari'a) zur Anwendung kommen, z.B. die aus westlicher Sicht grausame Strafrechtspflege oder die Verhüllungspflicht von Frauen, und
- nach außen soll eine islamische Propaganda und Missionierung (do'wa) durchgeführt werden.

Die Durchsetzung dieser Ziele wird notfalls mit Waffengewalt erzwungen. Der Islamismus betreibt bewußt die Beseitigung aller westlichen Rechtskonstruktionen und strebt die Einheit von Staat und Religion an.

2.

Verbotene

„Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) und „Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke“ (THKP-C) als Nachfolgeorganisationen der verbotenen Devrimci Sol (Dev Sol)

■ Die Rivalität zwischen der DHKP-C (sogenannter KARATAS-Flügel) und der THKP-C (sogenannter YAGAN-Flügel) setzte sich auch 1997 in gegenseitigen verbalen und körperlichen Attacken fort. Seit Mitte Juni 1997 eskalieren die auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ausgetragenen Flügelkämpfe. Beide Gruppierungen finanzieren ihre Aktivitäten aus Mitgliedsbeiträgen, dem Verkauf von Propagandamaterial und Veranstaltungserlösen. Haupteinkommensquelle dürften die regelmäßigen Spendenkampagnen in mehreren Ländern Europas sein. Die Verhaltensmuster der Organisationen, speziell der DHKP-C ähneln hierbei den Praktiken der verbotenen PKK.

■ Erkannte Personen im Lande Mecklenburg-Vorpommern, die diesen Organisationen zuzuordnen sind, waren allerdings kaum einschlägig aktiv.

■ Weitere türkische linksextremistische Organisationen wie die:

- „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML),
- „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP),
- „Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei“ (TDKP)

III. AUSLÄNDEREXTREMISMUS

sind in Mecklenburg-Vorpommern nur durch Einzelpersonen vertreten, ohne Struktur und zeigten nur ganz vereinzelt im Lande Aktivitäten.

3.

„Islamische Heilsfront“ (FIS)/ „Bewaffnete Islamische Gruppe“ (GIA)

■ Die algerische extremistische „Islamische Heilsfront“ (FIS), einst sogar als fundamentalistische Partei zugelassen, wurde 1992 von der algerischen Regierung verboten. Ihr Hauptziel ist es, den islamischen Widerstand – auch gewaltsam – gegen die algerische Regierung, vor allem gegen Vertreter des Staates, zu führen. Algerische Islamisten, die sich in Deutschland aufhalten, leisten sowohl auf politischer als auch auf logistischer Ebene Unterstützung für die FIS im Heimatland.

■ Die weitgehend autonome „Bewaffnete Islamische Gruppe“ (GIA) hat sich ebenfalls dem gewaltsamen Kampf gegen die algerische Regierung verschrieben, um ein islamistisches System errichten zu können. Zu diesem

Zweck zielt die GIA auch mit spektakulären Morden an Ausländern in Algerien auf eine Isolation der Regierung. Sie droht allen politischen Kräften ihren Kampf an, die mit der algerischen Regierung Verhandlungen führen, und ist selbst nicht dialogbereit.

■ In Deutschland leben schätzungsweise 50 Mitglieder sowie 200 Sympathisanten und Anhänger der FIS und der GIA, die überwiegend in informelle Strukturen der Organisationen eingebunden sind.

■ In Mecklenburg-Vorpommern lebende Algerier verhalten sich hinsichtlich politischer Betätigung derzeit ruhig und unauffällig.

4.

„Islamischer Bund Palästina“ (IBP)/„Islamische Widerstands- bewegung“ (HAMAS)

■ Eine der aktivsten islamistisch-extremistischen Ausländerorganisationen aus dem nah- und mittelöstlichen Raum ist die „Islamische Widerstandsbewegung“ (HAMAS).

In Deutschland ist HAMAS durch den „Islamischen Bund Palästina“ (IBP) vertreten, dem ca. 150 Mitglieder angehören. HAMAS gehört zu den gewaltbefürwortenden Kräften, deren Ziel unter anderem die Vernichtung des Staates Israel ist. An dessen Stelle soll ein islamischer Staat in ganz Palästina, der auch Israel in den Grenzen von 1948 einschließt, treten. Um dies zu erreichen, kämpft sie mit terroristischen Mitteln gegen Israel und politisch gegen den Alleinvertretungsanspruch der PLO Yassir Arafats.

Zu den Aufgaben der im Bundesgebiet bzw. in Mecklenburg-Vorpommern lebenden Anhänger gehören agitatorisch-propagandistische Tätigkeiten (intensive Öffentlichkeitsarbeit).

■ Ein selbständiges Handeln der HAMAS/IBP Anhänger in Deutschland und Mecklenburg-Vorpommern wird ohne entsprechende Weisung oder Zustimmung der Führung aus der Region nahezu ausgeschlossen.

IV. SCIENTOLOGY-ORGANISATION

■ Die Scientology-Organisation (SO) untergliedert sich im wesentlichen in die Bereiche „Church“ (Org⁶, „Kirchen“ und Missionen), WISE (World Institute of Scientology Enterprises International) für den Bereich Wirtschaft und Nebenorganisationen, die sich u.a. um Einflußnahme in den Bereichen Bildung, Drogentherapie und Psychiatrie bemühen.

■ Nach eigenen Angaben gehören der SO in Deutschland 30.000 Mitglieder an. Einer ersten Schätzung der Verfassungsschutzbehörden zufolge liegt diese Zahl jedoch deutlich unter 10.000.

■ In Mecklenburg-Vorpommern gibt es weder eine eigenständige Org noch „Kirchen“ oder Missionen. Die Nebenorganisationen ABLE, NARCONON und KVPM sind jedoch in Mecklenburg-Vorpommern bereits werbend aktiv geworden.

■ Der Schwerpunkt im Lande liegt zur Zeit mit mehreren Verdachtsfällen im Zweig der Einflußnahme auf die Wirtschaft, getreu dem Motto der SO: „Mach Geld, mach mehr Geld.“

■ Seit kurzem hat die SO im Lande ihre PR-Arbeit wieder verstärkt. So sind im 4. Quartal in Schwerin Anzeigenzei-

tungen sogenannte „Flyer“ beigelegt worden, in denen für die SO geworben wird.

■ Nach einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung Rostock mit dem SO-Aussteiger Norbert Potthoff am Kreisgymnasium Hagenow wurde die telefonische Anfrage eines britischen Meinungsforschungsinstitutes bekannt. Dieses Institut wollte die öffentliche Meinung zu den Maßnahmen des Staates gegen die SO erfragen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß hinter dieser Meinungsumfrage die SO steckt.

IV. SCIENTOLOGY-ORGANISATION

■ Zeitgleich zu der Rundreise der Konrad-Adenauer-Stiftung Rostock mit dem Aussteiger Norbert Potthoff in Mecklenburg-Vorpommern erschien im Rostocker Szeneblatt eine halbseitige Anzeige des Verlages „New Era Publications“. Der „New Era Publications“ mit Sitz in Seevetal/Niedersachsen ist der Hausverlag der SO.

■ Seit Schaltung des vertraulichen SO-Telefones am 11. November 1997 sind bislang etwa 40 Anrufe eingegangen. Darunter waren auch 10 Hinweise auf vermutete Verdachtsfälle, die weitere Ermittlungen zur Folge haben werden.

■ Eine Broschüre zum Thema „SO - Beobachtet durch den Verfassungsschutz“ ist Mitte Dezember 1997 herausgegeben worden und wird rege abgerufen.

schutz“ ist Mitte Dezember 1997 herausgegeben worden und wird rege abgerufen.

⁶ „Org“ bedeutet „Organisation“. Die „Org“, die in der Hierarchie über „Kirche“ und Mission steht, ist sinngemäß Verwaltungszentrum der Region und zugleich ein Ort, an dem scientologische Praktiken angeboten und angewandt werden.

V. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

1.

Informationsmaterialien

■ 1997 sind zwei weitere Ausgaben des Journals **VS-aktuell** erschienen. Die Ausgabe 1/97 widmet sich dem Schwerpunktthema **GEHEIMSCHUTZ**. Es werden Hintergrundinformationen geboten, und auch Fachleute, die in entsprechenden Bereichen der Wirtschaft tätig sind, kommen zu Wort. Ein ganz anderes Thema – **DEMOKRATIE & EXTREMISMUS** – steht im Mittelpunkt des Journals 2/97. Hier geht es unter anderem um das Wesen einer streitbaren Demokratie, um verschiedene Formen des politischen Extremismus, aber auch um die Kontrolle des Verfassungsschutzes.

Außerdem wurden der Verfassungsschutzbericht 1996 des Landes Mecklenburg-Vorpommern und die Broschüre „Die Scientology-Organisation (SO) – Beobachtet durch den Verfassungsschutz“ veröffentlicht.

Diese Informationsmittel können kostenlos angefordert werden beim

**Innenministerium
Mecklenburg-Vorpommern
Pressestelle
Arsenal am Pfaffenteich
Wismarsche Straße 133
19048 Schwerin.**

2.

Vortragsveranstaltungen/ Bürgerdraht

■ Das Thema Verfassungsschutz und die Aufklärung über Art und Umfang der Gefahren, die durch den politischen Extremismus drohen, waren auch 1997 wieder auf zahlreichen Vortragsveranstaltungen, vor allem an den Schulen des Landes, gefragt.

Zur Klärung der Frage, ob Sie Referenzen zu diesen Themen anfordern können, wenden Sie sich direkt an die Verfassungsschutzabteilung über die Telefonnummer: **(03 85) 71 44 37**.

Unter dieser Nummer können auch Informationsmaterialien bezogen oder sonstige Fragen zum Thema Verfassungsschutz gestellt werden.

3.

Ausstellung

„Demokratie – aber sicher!“

■ Die gemeinsame Wanderausstellung der Innenministerien der neuen Länder „Demokratie – aber sicher!“ war im Juni 1997 auf Wunsch des Kreisjugendamtes Ostvorpommern in Anklam zu sehen. Zahlreiche Schüler aus Klassen der Berufsschule, der Integrierten Gesamtschule, der Realschule und des Gymnasiums nutzten das Angebot, sich mit den gebotenen Informationen zu demokratischen Grundwerten und Gefahren

durch den politischen Extremismus sowie zum Verfassungsschutz auseinanderzusetzen. „Verfassungsschützer“ standen an einzelnen Tagen den Schülern und Lehrern als Ansprech- und Diskussionspartner zur Verfügung. Insgesamt besuchten ca. 500 Personen die Ausstellung.

4.

FAIRSTÄNDNIS- Kampagne

■ Im Rahmen der bundesweiten Kampagne „FAIRSTÄNDNIS – Menschenwürde achten – Gegen Fremdenhaß“ können folgende Materialien, die sich vor allem an Jugendliche richten, angefordert werden:

■ **SCHÜLERHEFT**
„basta! Nein zur Gewalt“

■ **PC-SPIEL „IM NETZWERK GEFANGEN – Dunkle Schatten 2“**
(PC ab 486er, 8 MB RAM, DOS 5.0 oder höher, CD-ROM-Laufwerk und SB-kompatible Soundkarte).

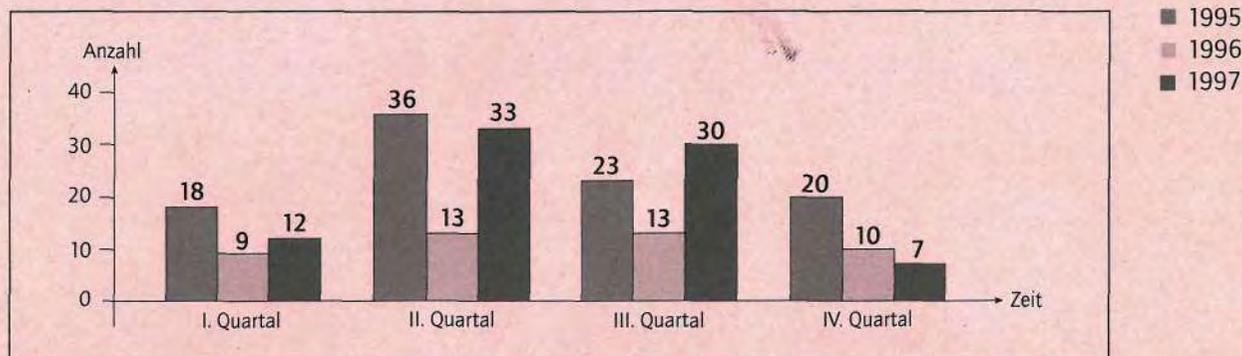
Bezugsadresse:

**Bundesministerium des Innern
Referat – IS 7 –
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn**

oder in begrenztem Umfang auch über das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern.

VI. TRENDS

Gewalttaten mit mutmaßlicher oder erwiesener rechtsextremistischer Motivation im Jahr 1997 (Stand 15.02.1998)



Regionale Verteilung rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten (Zeitraum: 1.1.1997 - 31.12.1997)

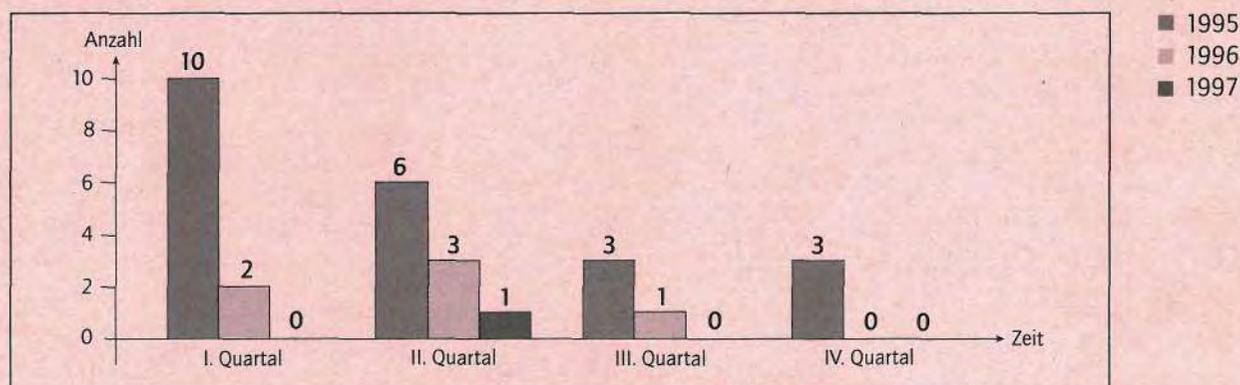
Landkreis/Stadt	1995	1996	1997
Rostock	6	8	11
Ostvorpommern	11	7	9
Mecklenburg-Strelitz	5	8	9
Neubrandenburg	8	1	8
Demmin	5	3	6
Greifswald	7	2	6
Uecker-Randow	1	3	6
Güstrow	6	4	5
Nordvorpommern	3	3	5
Schwerin	7	4	3
Rügen	6	6	3
Nordwestmecklenburg	11	3	3
Stralsund	4	1	3
Ludwigslust	4	3	2
Parchim	4	0	1
Bad Doberan	2	2	1
Wismar	5	3	1
Müritz	2	0	0

Angriffsziele rechtsextremistischer Gewalttäter im laufenden Kalenderjahr



Anmerkung:
Gewalttaten, die sich gegen verschiedene Ziele gerichtet haben, sind mehrfach berücksichtigt worden.

Gewalttaten mit mutmaßlicher oder erwiesener linksextremistischer Motivation im Jahr 1997 (Stand 15.02.1998)



Herausgeber: Innenministerium
Mecklenburg-Vorpommern
Arsenal am Pfaffenteich
19048 Schwerin

Gestaltung & Satz:
Cicero Werbeagentur, Rostock

Druck: Offset Druck Rostock GmbH